STASI

Köhler bespitzelt

Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR hat den heutigen Bundespräsidenten Horst Köhler (CDU) jahrelang bespitzelt. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage des SPIEGEL bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes hervor. Ehemaligen Stasi-Mitarbeitern zufolge wurde Köhler jedoch nicht von der Hauptverwaltung Aufklärung, dem DDR-Auslandsgeheimdienst, sondern von der Wirtschaftsabteilung der Stasi ausgeforscht. Die Überwachungen fanden statt, als Köhler Mitarbeiter des Bundesfinanzministeriums war. Der heute 63-Jährige arbeitete 1982 zunächst als Büroleiter des damaligen Bundesfinanzministers Gerhard Stoltenberg (CDU). Später leitete er die Grundsatzabteilung des Ministeriums, anschließend die Abteilung für Geld und Kredit – bevor er als Staatssekretär unter anderem an den Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR beteiligt war. Die Birthler-Behörde verweigert die Herausgabe der Köhler-Akten mit der Begründung, dass personenbezogene Informationen über Amtsträger und Personen der Zeitgeschichte nur zur Verfügung gestellt werden dürften, wenn dadurch keine „schutzwürdigen Interessen" der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Der Bundespräsident, der der Birthler-Behörde im Februar einen offiziellen Besuch abstatten will, weiß seit einigen Wochen von seiner Bespitzelung und hat die Aufzeichnungen der Stasi über ihn auch bereits eingesehen. Laut einem Sprecher des Präsidialamts hätte Köhler persönlich nichts gegen die Veröffentlichung der Akten einzuwenden.

SILKE REENTS / VISUM

Stasi-Akten in der Birthler-Behörde

MIRO KUZMANOVIC / REUTERS

Köhler

GEWERKSCHAFTEN

Steuerfreiheit für Investivlöhne

In der von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) angestoßenen Debatte um Investivlöhne fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) einen Steuerrabatt für Arbeitnehmer. „Insbesondere bei Kapitalbeteiligungen fehlen steuerliche Anreize", heißt es in einem Papier des DGB-Bundesvorstands. Dass Arbeitgeber ihren Beschäftigten derzeit lediglich Aktien im Wert von maximal 135 Euro steuerfrei anbieten dürfen, sei ein „zentrales Hindernis". Die Gewerkschafter schlagen deshalb vor, den Rahmen der Steuerbegünstigung deutlich auszuweiten; die Rede ist von 2000 Euro im Jahr. Grundsätzlich unterstützt der DGB den Merkel-Vorschlag für eine stärkere Unternehmensbeteiligung von Beschäftigten, warnt jedoch vor allzu großer Euphorie. „Nicht zuletzt der Zusammenbruch der New Economy hat gezeigt, welche katastrophalen Folgen Wertschwankungen von erworbenen Aktien haben können", heißt es in dem Papier.

WEHRPFLICHT

Jung muss nachbessern

Mit seinem Gesetzentwurf zur Änderung des Wehrrechts hat Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) eine Schlappe erlitten. Weil Verteidigungsexperten der Koalitionsfraktionen im Bundestag sowie einige Bundesländer Einwände erhoben, muss Jung den Entwurf nachbessern. Die ursprünglich für diese Woche angepeilte Verabschiedung im Bundeskabinett wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Vorbehalte gegen den Jung-Entwurf zielen unter anderem auf neue Vorgaben, wonach wehrpflichtige Studenten ein Master-Studium unterbrechen müssten, um beim Bund einzurücken – selbst wenn sie es schon zur Hälfte absolviert haben. Als „Benachteiligung" wird auch kritisiert, dass Wehrpflichtige nicht mehr auf Wunsch gleich nach Abschluss der Lehre beziehungsweise dem Abitur eingezogen werden sollen. Die SPD möchte zudem eine neue Regel einführen: Ein junger Mann, der nicht spätestens neun Monate nach dem Abitur oder der Berufsausbildung seine Einberufung erhält, soll für immer vom Waffendienst befreit bleiben.

FRANK HORMANN / AP

Jung, Bundeswehrsoldaten